

ziliaren Neuerungen sind in der Kurie und in der Diözese sofort eingeführt worden. Aber die konziliare Lehre wird im Sinn Papst Pauls VI. und der Dekrete des Heiligen Stuhls, treu und friedlich (*fideliter et pacifice*), ausgelegt. Deswegen ist Ihre Behauptung eine große Verleumdung, die ich aber im Sinn des Gebots des Herrn (Mt. 5, 11–12) nachsehe. Ich bitte Sie, Brüder in Christus, diesen Brief in Ihre Sprache zu übersetzen und ihn in Ihrer Zeitschrift Herder-Korrespondenz zu veröffentlichen. Grüße und Wünsche im Herrn.

† Frane Franić, Erzbischof von Split-Makarska

Hinweis der Redaktion:

In der Zuschrift von Prof. Ernst Feil (HK, April 1978) ist uns auf der zweiten Spalte von Seite 202, dritte Zeile von unten ein sehr störender Druckfehler unterlaufen. Der Satz muß in Wirklichkeit lauten: Im zweiten genannten Artikel (Internationale katholische Zeitschrift, Heft 4/1976) finden sich demgegenüber Aussagen, die einen *fundamentalen Zusammenhang mit dem zuvor abgelehnten traditionellen Religionsbegriff* eindeutig belegen.

Kurzinformationen

Anlässlich des Besuches des tschechischen Staatspräsidenten und KPC-Sekretärs Gustav Husák haben verschiedene kirchliche Persönlichkeiten aus dem katholischen und dem evangelischen Raum und verschiedene Organisationen zur Unterdrückung der Religionsfreiheit in der ČSSR Stellung genommen. Während der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Helmut Claß*, in einem Brief an Husák sich vor allem für verbesserte Kontakte zwischen Menschen in der Bundesrepublik und in der Tschechoslowakei einsetzte, nannte sowohl eine Erklärung des Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz wie eine ähnlich lautende Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Maßnahmen der Unterdrückung der Religionsfreiheit in der Tschechoslowakei beim Namen. So hieß es in der Erklärung von Kardinal *Höffner* (vgl. Wortlaut in KNA, 8. 4. 78): „Gläubige werden in ihrem beruflichen Fortkommen benachteiligt; Kinder werden wegen ihres Glaubens und des Glaubens ihrer Eltern willen eingeschüchtert; der Religionsunterricht ist durch bürokratische Maßnahmen nahezu unmöglich gemacht, an seine Stelle tritt die Zwangsatheisierung; Hausbesuche durch Priester unterliegen der staatlichen Genehmigung; Kranken und Sterbenden wird dadurch häufig der priesterliche Beistand verweigert; ein Leben der Pfarrgemeinde ist aufgrund vielfacher Auflagen und Verbote erstickt; Priester, die sich seelsorgerlich besonders engagieren, werden vom Staat ihres Amtes enthoben und damit an der Ausübung ihres priesterlichen Dienstes gehindert; der Zugang zu den Priesterseminaren wird staatlicherseits reglementiert; die noch bestehenden Reste der im Jahre 1950 aufgelösten Ordensgemeinschaften werden mit brutalen Mitteln liquidiert.“ In der Erklärung des Zentralkomitees (vgl. Wortlaut in KNA, 8. 4. 78) wurden auch brutale Verhörmethoden der tschechoslowakischen Staatspolizei angesprochen, und es wird an die Fälle Kardinal *Trochta*, Professor *Jan Patocka*, die beide nach Verhören starben, und in jüngster Zeit an die Fälle von Bischof *Gábris* von Tyrnau und des Franziskaner-Provinzials *Almeis Zlamal*, die nach Verhören Herzinfarkte erlitten, erinnert.

Beide Erklärungen unterstreichen zugleich die Bedeutung der Versöhnung zwischen den beiden Ländern und der politischen Entspannung zwischen Ost und West. Besonders Kardinal *Höffner* sprach dieses Thema an: „Wir wissen um unsere beiderseitige schwere Vergangenheit. Vieles ist noch als schreckliche Erinnerung, als erlittenes Unrecht lebendig. Aber der Wille zur Versöh-

nung ist stärker.“ Versöhnung und echte Entspannung seien aber nur möglich, wenn es nicht bei Gesprächen auf der Ebene der Regierungen bleibe, sondern wenn sich die Völker unmittelbar begegnen könnten. Die Anerkennung und Beachtung der Menschenrechte sei dafür eine unmittelbare Voraussetzung. *Höffners* Fazit: „Wir hoffen, daß Staatspräsident Husák das Unrecht erkennt, das in seinem Land geschieht und daß er den Kurs seiner Politik ändert. Nicht zuletzt ist die Unterdrückung der religiösen Freiheiten und die Verfolgung der Christen auch eine Belastung für das Ansehen seiner Regierung.“ Zahlreiche Kommentare kirchlicher Organisationen und Presseorgane äußerten sich in ähnlichem Sinn.

Zum Entführungsfall Moro haben die italienischen Bischöfe anlässlich der Sitzung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz ausführlich Stellung genommen. In der gleichen Stellungnahme (vgl. *Osservatore Romano*, 8. 4. 78) sprachen die Bischöfe auch weitere Themen an, u. a. die seit Mitte April in beiden Zweigen des italienischen Parlaments neu diskutierte und in der Abgeordnetenkammer bereits verabschiedete Abtreibungsreform, deren Neufassung die Bischöfe trotz einiger restriktiver Verbesserungen entschieden ablehnen. (Entgegen mancher Darstellungen in deutschen Zeitungen handelt es sich bei der Neuregelung nicht um eine Fristenlösung, sondern eine weitgefaßte Indikationenregelung nach dem gegenwärtig in der Bundesrepublik geltenden Muster.) Die Äußerungen zur Entführung von *Aldo Moro*, den sie als „Staatsmann mit allseitig anerkannter Loyalität und politischer Kompetenz“ bezeichnen, sind eingebettet in das größere Thema Terrorismus und Gewaltanwendung, wobei sich die Bischöfe insbesondere mit deren Ursachen befassen. Dabei weisen sie über Italien hinaus. Die *Menschheit*, so heißt es in der Erklärung, durchschreite gegenwärtig „eine finstere Periode ihrer Geschichte, in der jede Form von Gewalt herrscht: Der Wettlauf zu den Waffen, strategischen oder nicht, geheimen oder offenen, der die Lebensgrundlage der Armen zerstört und die Gefahr von nicht wiedergutzumachenden Zerstörungen bringt; die gewaltsame Unterdrückung der Meinungsfreiheit unter gewissen Regimen mit grausamen physischen und psychischen Behandlungsmethoden seitens jener, die die Macht innehaben oder diese gebrauchen, um (andere) zu versklaven; die Mißachtung des menschlichen Lebens in jeder Phase seiner Entwicklung.“ In *Ita-*

lien selbst seien zu der gewöhnlichen Kriminalität und zu den ideologischen Zusammenstößen die „immer häufigere und grausamere terroristische Aggression“ dazugekommen, die von einer irrigen und umstürzlerischen Logik angetrieben und mit einer perfekten und eisigen Technik vorbereitet würde. Die Bischöfe danken allen jenen, die „mitarbeiten, wieder Frieden und Gelassenheit unter das Volk zu bringen, insbesondere all denen, die sich für das allgemeine Wohl schweren Diensten und tödlichen Risiken unterziehen“. Ausdrücklich beschäftigen sich die Bischöfe mit den *Ursachen des Terrorismus*, vor allem mit geistigen Fernursachen, so wie sie sie sehen, geißeln eine säkularistische Vision in der gegenwärtigen Gesellschaft, in der der Mensch eine willkürliche, absolute Autonomie beanspruche, Gott mißkenne, den Sinn für die Sünde verliere und nicht mehr fähig sei, die unüberschreitbare Grenze zwischen Erlaubtem und Nichterlaubtem, Rechtem und Unrechtem wahrzunehmen. Unter den Faktoren, die sie als spezielle Fernursachen ansehen, nennen die Bischöfe „die Zerbröckelung vieler Familien“. Sie werfen dem Gesetzgeber ein *abstraktes und individualistisches Freiheitsverständnis* vor, das keinen Sinn für die Unauflöslichkeit des Ehebandes aufbringe. Sie nennen die schwierige Situation in den Schulen: diese werden vielfach von ideologischen Kämpfen geschüttelt; Drogenhandel und Pornographie machten sich breit. Die Bischöfe sprechen die Erwartung aus, daß „jeder Rest von Vitalität in unseren Institutionen für einen moralischen Wiederaufschwung der Nation“ verwendet werde.

Direkter vom Entführungsfall Moro betroffen war der *Vatikan*, und zwar auf verschiedene Weise: einmal durch die persönliche Bekanntschaft zwischen dem Entführten und dem gegenwärtigen Papst. Als *G. B. Montini* geistlicher Assistent des italienischen katholischen Studenten- und des Akademikerverbandes war, war Moro über mehrere Jahre Vorsitzender in diesen Organisationen. Bereits im ersten Schreiben Moros aus seiner „Gefangenschaft“ (an Innenminister *Francesco Cossiga*) war der Vatikan als mögliche bzw. erwünschte Vermittlungsinstanz genannt. Der Papst hat mehrmals, vor allem bei seinen Sonntagsansprachen, den Entführungsfall Moro erwähnt und den Angehörigen seine Teilnahme ausgesprochen. In kritischen Augenblicken sprachen auch hohe kirchliche Persönlichkeiten, so der Generalvikar des Papstes für die Diözese Rom, Kardinal *Ugo Poletti*, bei der Familie vor. Doch war einschließend des persönlichen Appells des Papstes vom Samstag, dem 22. April, das Bemühen zu erkennen, die Strategie der Unnachgiebigkeit der italienischen Regierung nicht zu stören. Dieser Gesichtspunkt dürfte auch maßgebend gewesen sein für das Bemühen, die Caritas Internationalis einzuschalten.

Der Münchener Kardinal Joseph Ratzinger hat sich für eine eindeutige Position gegenüber den Traditionalisten ausgesprochen. Vor dem internationalen Presseclub in München bezeichnete es Ratzinger als eine große Aufgabe, in der katholischen Kirche hinsichtlich der traditionalistischen Kreise, insbesondere um den französischen Alterzbischof *Marcel Lefebvre*, Klarheit zu schaffen (vgl. KNA, 9. 3. 78). Er räumte ein, daß es sich dabei um eine nicht zu unterschätzende Entwicklung handle, äußerte aber Zweifel an der Auffassung, daß es durch die Lefebvrebewegung zu einer Kirchenspaltung kommen könne. Entschieden verteidigte der Münchener Erzbischof die nach dem Zweiten Vatikanum durchgeführte Liturgiereform, konzedierte aber, daß es nicht klug gewesen sei, mit der Einführung des neuen Meßbuches gleichzeitig das alte zu verbieten. Klar sei von vornherein gewesen, daß die Liturgiereform nicht „unter dem Gesichtspunkt des Erfolges“ gesehen werden konnte. Der Grundduktus der Reform

könne auch nicht zur Debatte stehen. Er sei jedoch, unterstrich Ratzinger, für eine „große Toleranzbreite“, damit die alte Form „auslaufen“ könne. Eine Reform der Liturgiereform könne er sich nicht vorstellen, wohl aber, daß einige Bestandteile der traditionellen tridentinischen Meßform in die neue Liturgie integriert würden, um insofern die Kontinuität mit der Vergangenheit zu verdeutlichen.

Mit solchen Zugeständnissen dürften freilich die Traditionalisten, zumindest soweit sie *Lefebvrehänger* sind, nicht zufrieden sein. Sie entwickelten inzwischen in der Bundesrepublik *erneut einige Aktivität*. Im niederbayerischen Zaitzkofen kaufte ein Gönner Lefebvres ein ehemaliges Missionshaus der Marianhiller Missionare, das derzeit nach Auskunft eines Sprechers der Priesterbruderschaft Lefebvres darauf vorbereitet wird, für Seminaristen Lefebvres zur Verfügung zu stehen. Lefebvre selbst hat entgegen dem ausdrücklichen Verbot des Diözesanbischofs *Franz Hengsbach* in der Essener Grugahalle am 9. April vor mehr als 5000 Teilnehmern eine Messe im tridentinischen Ritus gefeiert (vgl. KNA, 10. 4. 78). Der suspendierte Erzbischof wiederholte dabei seine sattsam bekannten Angriffe gegen Konzil, Papst und Episkopat. Wieder einmal behauptete er, die Pastoralkonstitution sowie die Konzilsdokumente über die Religionsfreiheit und die nichtchristlichen Religionen widersprächen direkt oder in ihrer Tendenz der Lehre der Kirche. Der Papst sei zur Treue gegenüber der Tradition verpflichtet, doch stelle man in allen nachkonziliaren Richtlinien eine Tendenz zum Verlust des katholischen Glaubens fest. Die nachkonziliare Kirche sei „für den Pluralismus, für die Freiheit des Irrtums und des Lasters, ohne die Rechte Gottes oder die Pflichten des Menschen zu erwähnen“. Wie gewohnt zog Lefebvre daraus die Konsequenz: „Folglich ist sie für den Klassenkampf, folglich ist sie für den sozialen Krieg und ebnet dadurch dem Kommunismus die Wege.“

In seiner Botschaft zum Weltgebetstag für geistliche Berufe hat Papst Paul VI. zum Gebet um mehr Priester- und Ordensberufe aufgefordert (vgl. Osservatore Romano, 10./11. 4. 78). Zurückblickend auf den Rückgang geistlicher Berufe in der Zeit seines bisherigen Pontifikats, stellte der Papst besorgt die Frage, ob es gelingen werde, angesichts der wachsenden Bevölkerungszahlen den seelsorglichen Erwartungen überall auf der Welt gerecht zu werden. In bezug auf die Priester fragte Paul VI., ob sie wirklich alle erfüllt seien von „Liebe zur Frohen Botschaft, von christlichem Freimut und apostolischem Eifer“. Wörtlich heißt es: „Diese beunruhigenden Fragen lassen uns in schmerzlicher Weise erfahren, wie ungenügend unsere Kräfte sind angesichts von Entwicklungen und Problemen, die sich vor uns so bedrohlich auftürmen.“ Im Zentrum der Botschaft stand der Aufruf zum Gebet. Durch das Gebet könne das Verständnis und die Liebe zu geistlichen Berufen wachsen. An Seelsorger, Ordensleute, Theologen, Pädagogen und Psychologen richtete Paul VI. die Mahnung, den Jugendlichen zu helfen, die *Wahrheit über die Kirche und ihren Sendungsauftrag* besser zu verstehen. „Niemandem sollte“ – so schloß der Papst diese Mahnung – „durch unsere Schuld unbekannt bleiben, was er wissen müßte, um seinem Leben eine neue und wertvollere Richtung zu geben.“ An die Jugendlichen richtete die Botschaft den Appell, ihre Berufung „zu entdecken, sie zu leben und ihr treu zu bleiben, getragen von der Gnade des Herrn“. Bei den zwei der Veröffentlichung dieser Botschaft vorausgehenden Generalaudienzen hatte der Papst Sinn und Auftrag der Kirche in den Mittelpunkt seiner Ansprachen gestellt. Am 29. März betonte er vor allem *die Bedeutung der Kirche für den einzelnen Gläubigen*. Jeder einzelne sei in der Kirche er selber in einer „unaussprechlichen Gemein-

schaft“ mit denen, die desselben Glaubens und derselben Gnade teilhaftig sind und zusammen eine „wunderbare Einheit“ bilden (vgl. Osservatore Romano, 30. 3. 78). Eine Woche später formulierte der Papst eine Reihe von Fragen, die „die materialistische Mentalität der gegenwärtigen Zivilisation“ an die Kirche stelle – ob sie nicht eine archaische, heutzutage sinnlose Institution sei, welchen Zweck sie erfülle usw. –, und forderte seine Zuhörer auf, darüber nachzudenken, was das Wesen der Kirche ausmache und was ihr Auftrag sei (vgl. Osservatore Romano, 6. 4. 78).

Sehr unterschiedlich fielen die Stellungnahmen der Kirchen zu den Entwicklungen in Rhodesien und Namibia aus. Nach dem Attentat auf *Clemens Kapuuo*, den Häuptling des Herero-Stammes und Vorsitzenden der gemischtrassigen „Demokratischen Turnhallen-Allianz“ (DTA) in Namibia, am Ostermontag in Windhuk, warnte *Lukas de Vries*, Präsident der 400 000 Mitglieder zählenden Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Namibias, vor einem möglichen Blutbad. Sogleich wurde die Befürchtung geäußert, daß das der Befreiungsorganisation SWAPO zur Last gelegte Attentat ernste Auswirkungen auf die schwierigen internationalen Bemühungen haben werde, Namibia auf friedlichem Weg in die Unabhängigkeit zu führen. Nicht zuletzt aus dieser Gefahr heraus ist die Entscheidung zu verstehen, daß sich am 15. Mai mehrere Kirchen Namibias zu einem Namibischen Kirchenrat zusammenschließen wollen (vgl. epd, 30. 3. 78). Wie es in dem *Verfassungsentwurf* heißt, soll der Rat die Einheit der Christen fördern, die Aktivitäten der Kirchen koordinieren, Selbsthilfeprojekte fördern und Informationen über Namibia und die dortigen Kirchen verbreiten. Der Rat soll die Aktivitäten des bisherigen Christlichen Zentrums in Windhuk fortführen, das aufgelöst werden soll. An der *Gründung des Kirchenrates* sind die Vereinigte Lutherische, die römisch-katholische, die anglikanische, die kongregationalistische und die Afrikanische Methodistische Kirche beteiligt. Wie schwierig jedoch in der Praxis die Zusammenarbeit dieses Gremiums sein dürfte, zeigte sich Anfang April, als die Leitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen sowie der römisch-katholischen und der anglikanischen Kirche zur Annahme der von den fünf Westmächten im Weltsicherheitsrat unterbreiteten Vorschläge für eine international anerkannte Beilegung des Konflikts um das südwestafrikanische Land aufriefen, während die methodistische Kirche den Namibia-Plan kritisierte (epd, 10. 4. 78). „Als Vertreter von Kirchen, denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung dieses Landes angehört“ riefen die Verantwortlichen der drei christlichen Kirchen dazu auf, in dem Vorschlag eine Basis zu sehen, „auf der das langersehnte vereinigte und freie Land Namibia aufgebaut werden kann“. Nach Ansicht der Kirchenführer würden sie ihre Pflicht verletzen, wenn sie nicht vor den „schrecklichen Folgen eines Zögerns in dieser elften Stunde“ warnen würden. Die methodistische Kirche dagegen verwies auf bestehende Unklarheiten des Programms. Gemeint sind in erster Linie die Aussagen über den Rückzug der verbleibenden südafrikanischen Truppen auf bestimmte Stützpunkte. Dafür gebe es keine entsprechenden Bestimmungen hinsichtlich anderer Streitkräfte, wie z. B. die der SWAPO. Skepsis wird auch gegenüber dem Plan einer Stationierung von UN-Friedenstruppen geäußert.

Auffallend ist, daß es bis zur Stunde keine gemeinsame Äußerung der *rhodesischen Bischöfe* zur jetzt ausgehandelten sogenannten internen Lösung zwischen *Ian Smith* und den Vertretern der gemäßigten Teile der schwarzen Befreiungsbewegung gegeben hat. Lediglich aus dem Exil meldete sich der im vergangenen Jahr aus Rhodesien ausgewiesene Bischof *Donal Lamont*. Er hält das Abkommen für nicht tragfähig und meint, das Verhandlungsergeb-

nis übertünche lediglich die bestehenden Gegensätze und habe so lange keinerlei Bedeutung, wie es von den UN oder der Organisation für afrikanische Einheit nicht anerkannt sei (vgl. NCNS, 6. 3. 78 und KNA, 7. 3. 78). Ein wirkliches Abkommen bedürfe seiner Meinung nach einer Einbeziehung auch der radikalen Führer *Nkomo* und *Mugabe*. Von letzterem jedoch ist soeben klar ausgesprochen worden, daß er einen marxistischen Staat errichten wolle, der dann keinen Platz für mehrere Parteien und damit auch nicht für andere Politiker haben werde (FAZ, 23. 3. 78). Die Entwicklungen sowohl in Südafrika als auch in Rhodesien haben mittlerweile auch zu Schwierigkeiten innerhalb der *US-Bischöfskonferenz* geführt (vgl. NCNS, 30. 3. 78). Diese wollte auf ihrer nächsten Vollversammlung im Mai eine in erster Linie an die US-Regierung gerichtete Erklärung zu diesen Krisenherden verabschieden, scheint sich aber nicht auf eine einheitliche Reaktion auf die neuen Gegebenheiten einigen zu können.

Die Bedeutung der katholischen Schulen der USA gerade in der heutigen Zeit unterstrichen Pädagogen und Theologen bei der 75. Versammlung der Nationalen Katholischen Erziehungs-Vereinigung der USA (NCEA) vom 27. bis 30. März in St. Louis. Mehr als 12 000 Teilnehmer dieses jährlich stattfindenden Treffens befaßten sich mit dem historischen Erbe und den Planungen für die Zukunft. Im Vordergrund fast aller Referate und Diskussionsbeiträge stand dabei ein *gewachsenes Selbstbewusstsein der katholischen Erzieher*. So meinte der Exekutiv-Direktor des Nationalen Forums religiöser Erzieher innerhalb der NCEA, *Alfred McBride*, z. B., in der heutigen „verstärkt säkularen Kultur“ sollten die Schulen katholischer als bisher sein, ja er wollte sie als „Inseln der transzendentalen Identität“ verstehen wissen, in denen die „Macht des Kreuzes und die opfernde Liebe“ die einzige Hoffnung für eine zukünftige katholische Erziehung darstellen (NCNS, 28. 3. 78). Noch hätten die katholischen Schulen zwar nicht ganz den Schock des Niedergangs vom Ende der sechziger Jahre überwunden, doch könne man nun hoffnungsvoll feststellen, daß für die amerikanische katholische Erziehung „ein zweiter Frühling“ begonnen habe. Während sich Papst *Paul VI.* in seinem Grußwort an den Kongreß auf ermunternde Worte für die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges der Kirche in den USA besonders auf dem Gebiet der privaten Schulen beschränkte, setzten die meisten Redner unmißverständliche Akzente in der Schulfrage, die sicherlich nicht zuletzt auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Frage der jetzt wieder akut gewordenen *finanziellen Unterstützung nichtstaatlicher Schulen durch Steuernachlaß* für die Eltern zielen sollten. Heute sei es eine der wichtigsten Aufgaben, so meinte der Kanzler der katholischen Universität von St. Louis, den „säkularen Humanismus“ zu bekämpfen. Dieser könne am besten in den katholischen Schulen angegangen werden, während er nach wie vor das Fundament der meisten öffentlichen Schulen bilde. Diese Schulen bauten auf der Zurückweisung Gottes, der Religion und einer auf dem Glauben basierenden Moral auf, fügte er hinzu (NCNS, 28. 3. 78). Ein prominenter schwarzer protestantischer Führer, *Rev. Jesse Jackson*, schließlich, lobte die katholischen Schulen für ihren unermüdlichen erzieherischen Einsatz unter den schwarzen Jugendlichen in den Innenstädten, um die sich sonst kaum jemand kümmere. Dennoch muß seiner Meinung nach das Bemühen um diese Gruppe und ihre Integration in die christliche Erziehung noch verstärkt werden. Darüber hinaus komme gerade der kirchlichen Schule eine Hauptaufgabe im Kampf gegen das „Krebsgeschwulst des Rassismus“ zu (NCNS, 31. 3. 78). Eine Reihe von Resolutionen und Beschlüssen wird für eine Verwirklichung mancher Überlegungen in der Praxis Bedeutung haben.

Die ersten Wahlen auf den Philippinen seit Ausrufung des Kriegsrechts im September 1972 wurden von der katholischen Kirche zumeist nur vorsichtig kommentiert. Während es in den vergangenen Jahren anlässlich der verschiedenen Aufrufe von Staatspräsident *Ferdinand Marcos* zu einem Referendum fast immer sehr deutliche und distanzierende Stellungnahmen der Bischöfe gab, blieb ein solches Wort diesmal aus. Lediglich Kardinal *Jaime Sin*, der Erzbischof von Manila, rief die Gläubigen in einem Hirtenbrief auf (vgl. *Le Croix*, 5. 4. 78), sich bei der Wahl auf ihr Gewissen zu verlassen. Sie sollten wachsam sein, „damit sich der wirkliche Wunsch der Bevölkerung ausdrücken könne“. Jeder solle „im Interesse des Gemeinwohls frei abstimmen“. Unter dem Kriegsrecht sei der Bevölkerung der Philippinen die Möglichkeit genommen gewesen, ihre Führung zu wählen. Jetzt, da das Recht zur Wahl „einiger unserer politischen Führer“ wieder eingeführt sei, müsse man diese Freiheit nutzen und schützen, erklärte der Kardinal. Ergänzend fügte er hinzu, die Wähler sollten sich bei ihrem Urteil weder von der Dankbarkeit für vergangene Bevorzugung noch von Versprechungen allein leiten lassen. Die Wahlen wären nur dann wirklich frei, wenn „kein Kandidat die Resultate der Abstimmung verletz“.

Von vielen kirchlichen Gruppen wurden die Wahlen vom 7. April als „Scheinwahlen“ bezeichnet. Sie hielten das Wort von Kardinal *Sin* für verharmlosend, weil es auf die wirkliche Problematik dieses Ereignisses nicht eingehe. Sie bedauerten ferner, daß sich die Bischöfe bei dieser Gelegenheit nicht auf ein gemeinsames Schreiben einigen konnten oder wollten. Viele dieser Kritiker der Hierarchie fanden sich in den Reihen der Unterstützer der einzigen oppositionellen Gruppierung um *Benigno Aquino*. Dieser war erst kurz vor dem Wahltermin unter dem Vorwurf, Mord und Subversion geplant und gestützt zu haben, zum Tode verurteilt worden. Den Wahlkampf mußte er vom Gefängnis aus führen, und seine Bewegung hatte nur das Recht, im Bereich von Groß-Manila Gegenkandidaten zur Partei von Präsident *Marcos*

aufzustellen. Zur Zeit (20. 4. 78) steht die Verteilung der 165 Sitze noch nicht fest. 35 weitere Mandate werden vom Präsidenten durch Ernennung besetzt. Die ungewöhnliche Herausforderung der Bekanntgabe des offiziellen Ergebnisses läßt darauf schließen, daß der Erfolg der Opposition in Manila größer war, als bisher zugegeben wurde.

Zwei Tage nach der Wahl kam es zu den ersten Protesten, die durch Festnahmen und Auflösung von Demonstrationen schnell unterdrückt wurden. Geplant war auch ein Protestgottesdienst in der Kathedrale von Manila. Die vielfach bedauerte zögernde Haltung der philippinischen Bischöfe im Zusammenhang mit der Wahl dürfte mit einem Vorgang zusammenhängen, der sich seit November 1977 hinzieht. Dabei geht es um einen Report von *Pater J. Bryan Hehir*, der im April vorigen Jahres die Philippinen im Auftrag der US-Bischöfkonferenz besuchte. Das Ergebnis seiner Gespräche dort war ein Bericht über die Menschenrechtssituation auf den Philippinen und die Haltung der Kirche dazu. Bevor dieses Dokument von katholischer Seite bei einem Hearing des US-Kongresses vorgelegt werden sollte, schickte es der damalige Präsident der US-Bischöfkonferenz, Erzbischof *Joseph L. Bernardin* von Cincinnati, an den Präsidenten der Katholischen Bischöfkonferenz der Philippinen, Kardinal *Julio R. Rosales* von Cebu. Dieser wiederum verwahrte sich im Namen der Führungsspitze der philippinischen Bischöfe gegen das Papier, weil es falsch zitiere, die Akzente unrichtig setze und mit dem Ziel entstanden sei, Vorurteile bestätigen zu lassen. Aufgrund des Protestschreibens unterließ die US-Bischöfkonferenz ihre Aussage vor dem Kongreß. Inzwischen wurde jedoch bekannt, daß 23 der 70 philippinischen Bischöfe das Schreiben von Kardinal *Rosales* mißbilligen und ihrerseits den Wunsch geäußert haben, daß der Report von *Pater Hehir* in der ursprünglichen Fassung verwendet wird (*La Croix*, 25. 3. 78). Sicherlich aber hat dieser Disput die Position der Kirche bei den Wahlen geschwächt.

Bücher

MAURICE BLIN, *Die veruntreute Erde*. Der Mensch zwischen Technik und Mystik. Herder, Freiburg-Basel-Wien 1977, 300 S. 29.80 DM.

An Publikationen zu dem, was man die Überlebensfragen der Menschheit zu nennen sich angewöhnt hat, ist wahrhaftig kein Mangel. Innerhalb solcher Veröffentlichungen gibt es freilich nur wenige, die diese Themen auf ihre religiöse Dimension hin befragen. Eine Ausnahme bildet *Carl Amerys* Buch über das „Ende der Vorsehung“, in dem allerdings die Behauptung, die biblische Beauftragung des Menschen mit der Herrschaft über die Schöpfung habe letztlich in die gegenwärtige schier ausweglose Situation geführt, mehr im Stil einer Kapuzinerpredigt als einer kritischen Analyse entfaltet wird. Im Mittelpunkt des Buches von *Maurice Blin*, das ebenfalls den Zusammenhang der ökologischen, politischen und wirtschaftlichen Krise der Gegenwart mit der religiösen Thematik herausarbeitet, steht eine ganz andere These: daß die Überlebensprobleme der Menschheit, ja unseres Planeten, in ihren tiefsten Ursprüngen metaphysischer, mysti-

scher, will sagen religiöser Natur sind und deshalb nur in Besinnung auf ihre religiösen Ursprünge bewältigt werden können. *Blin* – Jahrgang 1922 – ist von Haus aus Philosoph, verlegte sich aber später auf das Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie auf die Politik. Er war in verschiedenen Einrichtungen der Wirtschafts- und Sozialforschung tätig, war Chefredakteur der wöchentlich erscheinenden Wirtschaftszeitschrift „L'Usine nouvelle“, für die er bis heute Leitartikel schreibt, und gehörte seit 1958 als Deputierter der Nationalversammlung an. 1971 wurde *Blin* in den Senat gewählt, wo er heute im Finanzausschuß das einflußreiche Amt des „Rapporteur général du budget“ innehat, dessen Funktion die Kontrolle der Haushalte der Ministerien ist. Die Weite des geistigen Horizonts und die Fülle praktischer Erfahrungen aus Wirtschaft und Politik zeichnen denn auch das vorliegende Buch aus. Die Art, wie *Blin* seine Grundthese – mit Hilfe philosophischer, historischer und soziologischer Argumentationen und auf dem Hintergrund ökonomischer und politischer Daten – entwickelt, veranlaßte den Frankfurter Philosophen und Politologen *Iring Fetscher* zu dem Urteil: